

GRAPHISCHE PRESSE

16. Juni 1916.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämtern. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88¹¹¹
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkowitz, Auguststraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Betragen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt.
Hauptteil: Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer. Rundschau. — **Allgemeines:** Lebensmittelwucher! Ortsberichte: Hamburg. — Anzeigen.

Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer.

Nachdem wir bereits in Nr. 23 der Graph. Presse die Gründung der Schutzverbandsarbeitsnachweise nach den Beschlüssen seiner Generalversammlung behandelt haben, wollen wir heute aus der Gesamttagung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer noch einiges nachtragen, was für die Kollegenschaft von Interesse sein dürfte. Wir erfahren, daß die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände durch eine Umfrage versucht hat, die Höhe der an die Kriegsteilnehmer oder deren Familien gezahlten Unterstützungen zu ermitteln. Die Mitglieder des Schutzverbandes haben nach dieser Feststellung mehr als eine Million Mark dafür ausgegeben. Die Höhe der Leistung ist bei der Lage unseres Gewerbes anerkennenswert. Wollten wir natürlich im einzelnen näher auf die Dinge eingehen und alle die Mitteilungen verwerten, die wir im Laufe der Kriegszeit darüber erhalten haben, so würde das Verhalten vieler Unternehmer in anderem Lichte erscheinen. Die verausgabten Summen hat man oftmals auf die verbliebenen Arbeiter abzuwälzen versucht und es gibt auch solche Unternehmer, denen dies gelungen ist. Auch ist diese Unterstützung nicht immer nach der früheren Dienstleistung, sondern nach Gunst gegeben worden. In der Hauptsache dürften die gezahlten Unterstützungen als Vorschußleistungen zu betrachten sein, um sich die alten Arbeitskräfte nach dem Kriege zu erhalten. Nicht wenige Unternehmer werden diesen Vorschuß von den Empfängern auf irgend eine Weise zurückverlangen, sei es durch Mehrleistung zum früheren Lohn oder durch die Forderung, künftig Nichtmitglieder der Gewerkschaft zu sein. Auch in dieser Richtung konnten wir während der Kriegszeit schon Beobachtungen machen. Als zum Beispiel in einer größeren Schutzverbandsfirma ein zur Arbeit beurlaubter Kollege, welcher solche Unterstützung erhalten hatte, Teuerungszulage verlangte, wurde ihm gesagt, ob er sich bei der Forderung nicht der erwiesenen Wohltätigkeit erinnert hätte. Hier scheint also das immer so sehr hervorgehobene vaterländische Pflichtgefühl nicht vorhanden gewesen zu sein.

Bezüglich der Arbeitsgelegenheit nach dem Kriege glaubt der Schutzverband auch heute noch, nach einer gewissen Übergangszeit, an eine volle Beschäftigung der Betriebe. Er rechnet infolge des Todes vieler unserer braven Kollegen und der großen Zahl der Kranken und Kriegsbeschädigten mit einem Mangel an Gehilfen. Wir teilten diese Auffassung schon früher nicht und zweifeln jetzt noch mehr daran, weil mit der längeren Dauer des Krieges auch die Schwierigkeiten zum Aufbau des Gewerbes und die Wiederaufnahme alter Handels- und Auslandsbeziehungen immer größer werden. Hinzu kommt, daß auch während der Kriegs-

zeit die Technik große Fortschritte gemacht hat, die besonders für die Lithographen verschlechterte Arbeitsgelegenheit bringen wird. Die Absicht des Schutzverbandes, schon jetzt für den nötigen Nachwuchs zu sorgen, stößt deshalb bei uns auf starken Widerspruch. Schon Herr Dr. Gerschel hat zu wiederholten Malen bei früheren Verhandlungen auf die große Ausdehnungsfähigkeit des Steindruckgewerbes hingewiesen und sich jedesmal damit geirrt. So hat der Schutzverband nach und nach unsere Forderung auf Verbesserung der Lehrlingskala bewilligen müssen. Wir werden auch jetzt nur geneigt sein, auf der Grundlage positiver Tatsachen Zugeständnisse in dieser Richtung zu machen.

Auch in diesem Jahre erfahren wir natürlich nichts über die Einnahmen und Ausgaben des Schutzverbandes; nur die Mitgliederzahl wird als nicht gesunken bezeichnet. Die Entlastung des Vorstandes und damit die Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen wurde dem Vorstand einstimmig erteilt.

Von der Generalversammlung, Abteilung »Fachverband« erfahren wir sehr wenig. Dagegen lohnt es sich, aus dem Vorstandsbericht an die Generalversammlung einiges recht bemerkenswertes wiederzugeben. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, um die Schwierigkeiten zu beheben, die bei der Beschaffung der notwendigen Materialien zur Fortführung der Betriebe entstanden sind. Diese Schwierigkeiten scheinen oft recht beträchtlich gewesen zu sein. So war die Beschaffung der Gummifücher für die Offsetmaschine mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Eingabe des Vorstandes an die Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums, um Freigabe von 30 Kilogramm Gummirohstoffe monatlich, wurde abgelehnt. Es ist aber dann den weiteren Bemühungen gelungen, eine Frankfurter Firma ausfindig zu machen, die für die Mitglieder des Fachverbandes diese Gummifücher liefert. Auch die Beschaffung von Petroleum zum Waschen der Farbwalzen und Maschinen machte viele Schwierigkeiten, da es kein ordentliches Ersatzmittel hierfür gibt und auch dieses schwer zu erhalten war. Schließlich hat eine Leipziger Großfirma dem Verband Deutscher Steindruckereibesitzer 160 Faß zu je 150 Kilogramm beschaffen können. Später trat durch die Beschlagnahme der Transportwagen wieder eine Stockung in der Zufuhr ein. Doch hofft man es nur mit einer vorübergehenden Erscheinung zu tun zu haben. Die größten Schwierigkeiten scheinen bei der Beschaffung des Druckfirnis vorgelegen zu haben. Der Vorstand des Fachverbandes sagt, daß die verfügte Beschlagnahme von Leinöl die größte Beunruhigung unter den Mitgliedern hervorgerufen hat. Alle Bemühungen des Vorstandes, aus dem Auslande oder im Wege des Austausches Leinöl zu bekommen, scheiterten an Ausfuhrverboten oder an vorhandenem Mangel. Eine vorgenommene Umfrage bei 2500 Firmen der Druckindustrie ergab, daß der Bedarf an Leinölrinis in Friedensjahren 600000 Kilogramm betrug, während sich der Verbrauch des Jahres 1915 auf nur 366000 Kilogramm

stellte. Bei dieser Aufnahme ergab sich noch, daß die Druckereien nur auf 2 bis 2 1/2 Monate Vorräte hatten. Inzwischen hat die chemische Industrie nach vielen Versuchen einen Ersatz geschaffen, der nach vorgenommenen Versuchen die Regierung veranlaßte, die Verwendung von Leinöl zur Firnisfabrikation ganz zu verbieten. Das Ersatzmittel soll aber sehr teuer und in den erforderlichen Mengen schwer zu beschaffen sein. Die Schwierigkeiten zur Beschaffung von Firnis können also noch nicht als überwunden gelten.

Auch der Bezug von Papier hat große Schwierigkeiten verursacht. Die Verhältnisse auf dem Papiermarkt werden als unhaltbar bezeichnet. Auch hier fehlen notwendige Rohstoffe, doch kommen noch sonstige Schwierigkeiten hinzu. So konnte eine gleichmäßige Verteilung nicht vorgenommen werden, weil die beteiligten Vereinigungen die ungeheure Arbeitslast nicht übernehmen konnten. Hinzu kamen noch Gegensätze zwischen den Organisationen und auch Preistreibern der Fabrikannten scheinen hervorgetreten zu sein. Man erhofft eine Besserung durch das inzwischen erlassene Aus- und Durchfuhrverbot, welches alle Halbstoffe der Papier- und Pappenmanufakturen, sowie sämtliche unbearbeiteten Papiere und Pappen und eine Reihe von Erzeugnissen der Papierverarbeitung betrifft. Da die Erzeugnisse unseres Gewerbes unter die Ausnahmen dieses Verbotes fallen, soll ein Anlaß zur Beunruhigung nicht vorliegen.

Es wird dann noch über eine Vorstandstätigkeit zur Abwehr gesetzlicher Maßnahmen berichtet. Das Verbot über die Versendung von Postkarten und auch die Unterstützung unserer Petition gegen die Erhöhung der Tabakabgaben wird erwähnt.

Insgesamt haben alle die genannten Schwierigkeiten unzweifelhaft zur Verteuerung der Produktion beigetragen. Der Verein Deutscher Steindruckereibesitzer hat dies aber durch eine zweimalige Preiserhöhung von 10 bis 15 Prozent ausgeglichen.

Von Bestrebungen oder Beschlüssen, auch den Arbeitern ihre trübe wirtschaftliche Lage zu verbessern, ist in den ganzen Berichten nirgends etwas zu finden. Da der Lohn unserer Kollegen durch die verteuerte Lebenshaltung infolge des Krieges nur ungefähr die Hälfte des früheren Wertes besitzt, wäre hier ein allgemeiner Ausgleich dringend zu fordern. Wir haben wohl im Laufe der letzten Zeit berichten können, daß eine Anzahl von Firmen die Löhne aufgebessert hat, doch lebt leider ein Teil unserer Kollegen in den düftigsten Verhältnissen bei dem alten schon früher als niedrig geltendem Lohne. Sollte es nicht innerhalb des Bereiches vaterländischen Pflichtgefühls liegen, wenn die Unternehmer auf ihrer Tagung allen ihren Mitgliedern dringend ans Herz gelegt hätten, hier einen entsprechenden Ausgleich vorzunehmen?

Mit der üblichen Wiederwahl und den Dankensbezeugungen an den Gesamtvorstand schloß diese Generalversammlung.

Durch die Tatsache, daß die Mitgliederzahl der Unternehmerverbände nicht den Schwan-

kungen unterliegt, wie in den Gewerkschaften, konnte der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer während der Kriegszeit schon seine zweite General-Versammlung abhalten. In unserem Verbands mit fast 10000 Kriegsteilnehmern verbietet sich eine solche Tagung schon aus demokratischen Grundsätzen. Wir würden sonst sicher auf unserer Tagung recht viel zu dem Ergebnis dieser Unternehmer-Generalversammlung zu sagen haben

Rundschau.

Teuerungszulagen. In Halberstadt hat die Firma Louis Koch sämtliche Steindruckern ein Kriegszulage von je 6 Mk. pro Monat bewilligt. — In Trier wird seit 1. Mai in allen Druckereien eine Teuerungszulage gezahlt. Diese wird monatlich ausgezahlt und richtet sich nach der Lohnhöhe. Die Ledigen erhalten 2 bis 8 Mk. und die Verheirateten 4 bis 10 Mk pro Monat. Außerdem wird für jedes Kind unter 14 Jahren monatlich 2 Mk. gezahlt. — In Würzburg sind folgende Teuerungszulagen zu verzeichnen: Die Firma Stürtz gewährt seit 15. Mai ihren sämtlichen Arbeitern Teuerungszulagen. Von unseren Kollegen erhalten die Verheirateten 4 Mk. und die Ledigen 3 Mk. pro Monat. Ferner erhält jeder Verheiratete für jedes Kind unter 14 Jahren 1 Mk. pro Monat. Außerdem zahlt die Firma an jede Kriegerfrau monatlich 12 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 2 Mk. In der Firma Richter erhalten unsere Kollegen eine Teuerungszulage von 5 Mk. pro Monat.

Beispiel für die beispiellosen Gewinne: die Pommerschen Meiereien haben bei 100000 Mk. Aktienkapital 200000 Mark verdient!

An zwei Grundübeln krankt unsere Volksernährung: die Reichsregierung schützt das Volk nicht vor Ausbeutung, und die Not trifft nur einen Teil des Volkes. Die Strafen für den Wucher sind lächerlich gering. Eine Brottfabrik in Hamburg, die zu ihren Broten 20 Proz. Reismehl und 80 Proz. Holzmehl nahm und für 50000 Mk. solche Brote verkauft hatte, wurde mit 500 Mk. bestraft. Schlimmer noch ist der erlaubte Wucher, oder ist es kein Wucher, wenn ein Ei 31 und 35 Pf. kostet, wenn für einen Zentner Kartoffeln 8—9 Mk. genommen wurden und ähnlich bei Fleisch. Die Hauptschuld trifft die Reichsregierung, die den Preistreibern ruhig zugesehen hat — aber was soll man von einer Regierung erwarten, die zugibt, daß die Reichsgetreidestelle das Mehl zu einem 100 Proz. höheren Preis als den Einkaufspreis verkauft, daß die Kriegsledergesellschaft 60—70 Millionen Mark Gewinne gemacht hat. Daß diese Millionen in die Staatskasse fließen, ist gar keine Entschuldigung, diese Monopolpreise der Kriegsgesellschaften sind indirekte Kriegsteuern schlimmster Art.

Das Volk kann gar nicht mehr wissen, was Recht und was Unrecht ist. Einem Kiehhändler wird der Prozeß gemacht, wenn er die Höchstpreise um 1 Pf. überschreitet. Die Pommerschen Meiereien verdienen bei 100000 Mk. Kapital 200000 Mk., also 200 Prozent. Die Gerstenverwertungsgesellschaft verdient 5000 Prozent, aber diese Gesellschaften treiben keinen Wucher. Wie soll das Volk da noch an Gerechtigkeit glauben. Erst nach dem Kriege werden wir erfahren, welche ungeheuren sittlichen Werte im Volke zerstört worden sind.

Die Not trifft nicht die Bevölkerung, sondern nur einen Teil. Wer das nötige Geld hat, kann noch genau so leben wie früher. Die Klassengegensätze treten bei der Ernährung scharf in die Erscheinung. Vom Tische des Reichen sind die Leckerbissen noch nicht verschwunden. Auf dem Tische des Armen fehlt selbst das Brot. Auch der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist nicht geringer geworden. Soweit es möglich ist, muß auch die Ernährung der Landbevölkerung in die allgemeine Regelung eingeschlossen werden. Der Bauer hat Milch, Butter, Käse in unbeschränktem Maße zur Verfügung. Es ist immer dasselbe agrarische Lied: die Stimmung der Produzenten muß geschönt werden. Nach der Stimmung des Konsumenten wird nicht gefragt. Unsere Bauern können sich gar nicht vorstellen, wie schwer die städtische Bevölkerung sich durchschlägt. Unerträglich für die unteren Volksschichten sind die Reden über das Durchhalten von denen, denen das Durchhalten nicht die geringsten Unbequemlichkeiten macht. Die Regierungsvertreter haben sicherlich nicht die richtige Einsicht in die Verhältnisse der Großstädte. Die Situation ist weit ernster als sie ahnen. Man sorge für gleiche Ernährung von reich und arm. Will man das nicht, so verschone man wenigstens die Leute mit dem Reden vom Durchhalten. Herr Kreth sprach im Abgeordnetenhaus davon, man müsse das Volk bei guter Stimmung erhalten und fünf Minuten später verlangte er in derselben Rede eine Erhöhung der Kartoffelpreise. In diesem Zusammenhang sind seine ersten Worte noch viel schlimmer als eine patriotische Phrase.

Wucher und Unternehmerprofit sind Zwillinge und zum Verwechseln ähnlich. Daher sind die ärgsten Schreier gegen den Wucher so häufig an anderer Stelle des Wirtschaftslebens die schlimmsten Ausbeuter. Langer als ein Jahrhundert hat man das Profitmachen und Sparen als höchste Tugend gepriesen. Dadurch können es die Produzenten und Händler nicht verstehen, daß diese Tugend im Kriege ein Verbrechen sein soll. Die Grundsätze der kapitalistischen Gesellschaft sind so fest in die Kopie eingemauert, daß man sie nicht plötzlich herausbringen kann. Wir können die Menschen nicht ändern und verlangen daher eine Änderung der Institution. Alle Nahrungsmittel von einiger Bedeutung müssen beschlagnahmt und gerecht verteilt werden. Für alle müssen Höchstpreise bestehen. Die teilweise Beschlagnahme war verteilt und ist jetzt unhaltbar. Die Lebensmittel müssen auch zu erscheinbaren Preisen zu haben sein. Für große Teile der Bevölkerung hat die Fleischkarte gar keinen Wert, denn sie können das

Fleisch nicht kaufen. Die gleiche Verteilung der Lebensmittel zwischen arm und reich verlangt das einfache Gebot der Solidarität und das Gebot der Volksgesundheit. Bei so vielen Milliarden für Kriegszwecke sollten auch einige Milliarden für die Volksernährung abfallen. In der sozialistischen Gesellschaft wäre eine solche Wirtschaft unmöglich. Für die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft hat der Krieg allen Völkern den wirksamsten Anschauungsunterricht erteilt.

Die bisherige Ernährungspolitik hat Schiffbruch erlitten. Das ist zunächst die Schuld der Regierung, aber auch die der Bundesregierungen und der bürgerlichen Parteien. Wollte die Reichsregierung einmal eingreifen, so ertönte sofort in den einzelstaatlichen Parlamenten der Ruf: Vorsicht! Rücksicht auf Industrie und Landwirtschaft! Daß der preussische Landwirtschaftsminister eine vernünftige Ernährungspolitik unmöglich gemacht hat, hat ein sächsischer Minister rundheraus gesagt.

Preußen, das ist bekanntlich der Junker. Gibt es denn im deutschen Vaterlande eine Klasse, die mehr auf den Burgfrieden pfeift als der Junker. Das haben wir ja in der letzten Zeit erst wieder erfahren. Dreiklassenwahlrecht, Beschränkung jeder politischen Freiheit, dafür aber Verteuerung von Brot und Kartoffeln, das will der Junker. Aus allem ergibt sich, daß wir uns die nächsten zehn Wochen durchhungern müssen. Aber die Ernte steht vor der Tür und die Aushungerung durch das Ausland wird scheitern, die notwendigen Entbehrungen wird das Volk ertragen, aber nicht ertragen will es die Aushungerung durch die eigenen Junker. Die Krawalle, die stattfanden, bedeuten sicherlich keine Revolution, diese Hoffnung des Auslandes muß beseitigt werden, denn sie würde kriegsverlängernd wirken. Aber Warnungen sind diese Krawalle. Noch ist es Zeit, Herr Staatssekretär, sorgen Sie dafür, daß Ruhe im Lande bleibt!

Ortsberichte.

Hamburg. Um auch den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens unsers Verbandes einen Überblick über sein Wachstum zu geben, hatte sich der Ortsvorstand mit dem hiesigen Kollegen Albin Müller, einem Mitbegründer des Hamburger Fachvereins sowie der späteren Zentralorganisation, in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, in einer Versammlung hierüber zu referieren. In der am 23. Mai abgehaltenen gutbesuchten Versammlung entledigte sich denn auch Kollege Müller in einem reichlich einstündigen Vortrage seiner Aufgabe. Besonders interessant gestaltete sich der Vortrag dadurch, daß Kollege Müller die Entwicklung des Gesamtverbandes im Rahmen seines Vortrages nur in großen Zügen streifte, dafür aber das Wachstum der Zahlstelle Hamburg von der Gründung bis zu ihrem heutigen Stande recht ausführlich behandelte. Welch reges Interesse diesem Vortrage entgegen gebracht wurde, bewiesene die recht gespannt lauschenden Zuhörer. Reicher Beifall lohnte denn auch dem Redner für seine mühevolle Arbeit. In seinem Schlußwort forderte dann der Vortragende die anwesenden Kollegen auf, an dem durch den Krieg jah unterbrochenen Aufbau unseres Verbandes, durch recht intensive Arbeit aller Zurückgebliebenen, weiterzuarbeiten, um das in 25-jähriger teilweise schwerer Arbeit Erreichte nicht zu gefährden. Hierauf wurde der gedruckte vorliegende Kassenbericht genehmigt. — Unter Verschiedenes wurde dann noch dem vom Fach- und Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer gegründeten Arbeitsnachweis reges Interesse entgegengebracht. In längeren Ausführungen ging der Vorsitzende mit diesem Plan unserer Unternehmer scharf ins Gericht. Er zerpfückte diesen »unparteiischen« Arbeitsnachweis gründlich und forderte alle Kollegen auf, diesem neusten Versuch der Unternehmer zur Knebelung ihrer Arbeiter den richtigen Denkkettel zu verabreichen. Dies sei umso nötiger, da alle unsere Versuche zur Gründung eines paritätischen Arbeitsnachweises an dem bösen Willen der Unternehmer gescheitert sind. Alle Redner sprachen sich im gleichen Sinne aus. — Zum Schluß wurde ein Antrag auf regelmäßige Abhaltung von Monatsversammlungen angenommen. Sie finden jeden 2. Dienstag im Monat statt, erstmalig am Dienstag den 11. Juli.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Lebensmittelwucher!

Im Reichstag fand am 7. Juni eine Aussprache über die Ernährungsfrage statt. Bei dieser Gelegenheit gab der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann-Kaiserslautern der Volksempfindung über den Lebensmittelwucher so treffenden Ausdruck, daß eine Wiedergabe seiner Rede in der Gewerkschaftspressen angezeigt erscheint. Wir geben nachstehend den wesentlichen Inhalt dieser glänzenden Rede unseren Kollegen zum Studium bekannt:

»Die Regierung hat dem Volke die Wahrheit gesagt, nun muß auch das Volk der Regierung die Wahrheit sagen. Seit 1 1/2 Jahren arbeitet die Regierung an der Organisation der Volksernährung. Trotzdem sind die Verhältnisse nicht besser, sondern schlechter geworden. Das Ergebnis der 22-monatigen Arbeit ist steigende Erbitterung des Volkes, ist nicht Ordnung, sondern Anarchie.

Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten wird die Durchführung der Reichsfleischkarte und die Beseitigung der Ausfuhrverbote unter Durchführung einer einheitlichen Verteilung über das ganze Reich sein. Draußen kämpfen die deutschen Stämme vereint in Not und Tod, daheim streiten sie sich um die Nahrungsmittel. Das ist eine der widerwärtigsten Erscheinungen, die an die alte Kleinstaaterei erinnert. Die straffe Zentralisation muß allen Widerständen zum Trotz auch wirklich durchgeführt werden. Die Massenspeisungen begrüßen wir; doch wird ihre Durchführung nicht leicht sein und man darf sie auch nicht überschätzen und meinen, daß damit nun alle Fragen gelöst seien. Man spricht bei diesen Massenspeisungen schon wieder von Mittelstandsküchen. Von unserem Standpunkt aus finden wir nichts dabei, wenn die Frau Kommerzienrätin mit dem Arbeiter an einem Tische säße. Aber hier richtet man gleich wieder die Klassenscheidung ein. Und dann verlangt man von uns, daß wir den Klassenkampf aufgeben. Der Klassenkampf wird von selbst aufhören, wenn es keine Klassen mehr gibt, wenn Arbeiter und Junker gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sind. Die schwierigste Aufgabe des Ernährungsamts liegt auf dem Gebiet der Produktion. Es handelt sich da nicht nur um die Landwirtschaft, sondern auch um die Industrie der Ersatzstoffe. Hier ist ebenso wie bei den Konserven eine scharfe Staatskontrolle nötig. Nur ein

Stellenangebote

Tüchtige Farbenätzer
sicher in der Farbe und im Fertigmachen, suchen
Adolf Klaus & Co., Leipzig, Kreuzstraße 5.

Verschiedenes

CELLULOID
Schablonen, auch Abfälle, kauft
Graumüller, Berlin S 59.

Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König
Berlin SO, Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen-Schläuche
ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert
Edm. Behnisch, Luckenwalde
Vertreter an allen größeren Plätzen, la Zeugnisse.

„Radium-Reiber“
Deutsches Reichspatent No. 269755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Stets hilft ein Überstreichen m. d. „Radium-Reiber“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Entsäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 15,— Mk. — Farblose

„Radium-Pasta“
der Farbe zugesetzt, verhindert das Reißen bei Merkantil-, Zeichen-, Raster-, Schriftplatten usw.
— Preis per Kg. 6,— Mk. —
F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Graphische Fachklassen
Druck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Cutwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbebeschau
Barmen

Fachliteratur.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schkeuditz.